



momentum
POLICY PAPERS

1
2014

FEMINISMUS UNTER DRUCK:

Zwischen Rückschritt, neoliberaler
Anpassung und neuen Perspektiven

FEMINISMUS UNTER DRUCK:

Zwischen Rückschritt, neoliberaler Anpassung und neuen Perspektiven

Inhalt

1. Neoliberale Politik und die Interpretation von Ungleichheit	3
1.1. „Männlichkeitskrisen“ und Antifeminismus	3
1.2. Elitefeminismus oder „Feminismus light“	3
1.3. 1.3 Opfermänner und „extremistische Megären“	4
2. Rhetorische Modernisierung – Verschleierung der Ungleichheit	5
2.1. Arbeitsmarkt und Frauenbeschäftigung	5
2.2. Ungleichheit und vermeintliche Sehnsucht	5
3. Gegen-Öffentlichkeiten und Strategien der Verschränkung	6
3.1 Digitale Bündnisse	7
3.2 Zusammenspiel und Zusammen-Handeln	7

ANGABEN ZU DEN AUTORINNEN:

Sonja Ablinger ist Lehrerin an einer Neuen Mittelschule in Linz. Sie ist seit 2005 Landesfrauenvorsitzenden der SPÖ Oberösterreich und seit 1998 zudem Vorsitzende des Gewaltschutzzentrums OÖ. Sie war bis Oktober 2013 Abgeordnete zum Nationalrat und Kultursprecherin des sozialdemokratischen Parlamentsklubs.

Judith Schwentner, Studium der Slawistik und Germanistik in Graz und Moskau, Auslandslektorin an der Universität Lemberg/ Ukraine, bis 2008 Chefredakteurin und Leiterin der Straßenzeitung und sozialen Initiative Megaphon (Caritas), seitdem Abgeordnete zum Nationalrat, 2008-2013 Sprecherin für Frauen und Entwicklungspolitik, seit 2013 Sozialsprecherin für Soziales, Die Grünen.

Alexandra Weiss, Mag. phil., Dr. phil.; geb. 1971, Politikwissenschaftlerin; Hochschullektorin und freie Wissenschaftlerin, 2003-2006 Forschungsassistentin am Institut für Soziologie, 2007/08 Universitätsassistentin am Institut für Politikwissenschaft, jeweils an der Universität Innsbruck, seit 2006 Koordinatorin im Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Geschlechterverhältnisse, Sozialpolitik und Armut, Staatstheorie, Kapitalismusanalyse und soziale Bewegungen.

ÜBER MOMENTUM POLICY PAPERS:

Momentum Policy Papers richten sich an politisch Engagierte. In unterschiedlichen Politikfeldern werden Probleme analysiert und praxistaugliche Alternativen vorgestellt. Die Momentum Policy Papers liefern eine wissenschaftlich fundierte Argumentationsgrundlage, die praktische Erfahrungen miteinbezieht und sich konsequent am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit orientiert.

IMPRESSUM:

Momentum Policy Paper Ausgabe #1 2014

Herausgeber: Verein Momentum, Steyr

Text: Alexandra Weiss, Sonja Ablinger, Judith Schwentner

Redaktionelle Betreuung & Lektorat: Barbara Blaha, Ludwig Dvorak

www.momentum-kongress.org. mail: office@momentum-kongress.org.

Abstract

Der vorliegende Beitrag setzt sich mit den Hintergründen antifeministischer Diskurse sowie deren Niederschlag in der öffentlich-medialen und politischen Debatte auseinander.

der. Grundtenor ist eine Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen, die nicht nur die geschlechterpolitische Debatte kennzeichnet. Neben der Tendenz der Marginali-

sierung feministischer Politik werden aber auch neue Initiativen auf ihr Potential hin ausgelotet, den feministischen Diskurs in einer breiteren Öffentlichkeit zu re-etablieren.

1 Neoliberale Politik und die Interpretation von Ungleichheit

1.1 „Männlichkeitskrisen“ und Antifeminismus

Antifeminismus ist kein neues Phänomen, besondere Popularität und Verbreitung erfährt er aber im Kontext tiefgreifender Veränderungen der Produktionsweise, der Arbeitsverhältnisse, der Lebensweisen und der Geschlechterverhältnisse, die dann als „Krise“ der (essentialistisch verstandenen) Männlichkeit verarbeitet werden.¹ Der Übergang von einem sozialstaatlichen regulierten hin zu einem neoliberalen Kapitalismus stellt einen solch tiefgreifenden Wandel dar, der Frauen und Männer aufgrund ihrer unterschiedlichen Einbindung in Erwerbs- und Reproduktionsarbeit in unterschiedlicher Weise trifft. Die mediale Diskussion fokussiert aber v.a. auf männliche Identitätskrisen in Folge von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung, im Zentrum steht die Familienerhalter-Funktion, die nicht mehr erfüllt werden kann. Um diese Problematik herum wird eine Reihe von Problemlagen – von Gesundheitsproblemen, höheren Suizidraten, einer vermeintlichen Benachteiligung von Buben im Schulsystem bis hin zu einer ‚allgemeinen Diskreditierung‘ des männlichen Geschlechts (vgl. z.B. Bönt 2012; Hollstein

2011; Bauer-Jelinek 2012) gruppiert, während Frauen als Gewinnerinnen der Entwicklung gezeichnet werden.

In Österreich wurde die Thematisierung der Männlichkeitskrise v.a. ab 2001 durch die Einrichtung einer „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ im Sozialministerium unter der rechts-konservativen ÖVP-FPÖ-Regierung befördert (Geden 2006, Mayrhofer 2006), journalistisch wird das Thema verstärkt seit etwa 2008 verhandelt (Weiss 2013). Die Veränderungen struktureller Bedingungen, kommen hier kaum zur Sprache. An die Stelle von Gesellschafts- oder Kapitalismuskritik tritt eine Anklage von Feministinnen und ihren ‚Unterwerfungsstrategien‘ gegenüber Männern (allen voran Gender Mainstreaming). Dies kennzeichnet auch die Publikationen der „Männerpolitischen Grundsatzabteilung“ in der Zeit von 2001 bis 2006, in denen kaum Daten über politökonomische Prozesse oder gesellschaftstheoretische Analysen zu finden sind, sondern in erster Linie individuelle Befindlichkeiten und eine individualpsychologische Sicht auf das Thema (BMSG 2003; BMSGK 2006). Dieser Fokus kennzeichnet die politische als auch die mediale Debatte bis heute.

¹ Siehe auch die Debatten in der österreichischen Zwischenkriegszeit (z.B. Malleier 2003; Wrussnig 2009).

1.2 Elitefeminismus oder „Feminismus light“

Gesellschaftliche Transformationen ignoriert auch der medial breit rezipierte elite-feministische Diskurs. Von den Medien und auch den Vertreterinnen selbst als *Neuer Feminismus* bezeichnet, wird aber nicht nur gegen eine beinahe schon skurril wirkende Familienideologie einer Eva Hermann argumentiert, auch die Abgrenzung vom ‚alten‘ Feminismus ist wesentlich: „Der neue Feminismus, den ich meine, kämpft nicht gegen die Herrschaft des Mannes, sondern für die Freiheit der Frau [...] selbst entscheiden zu können“ meint etwa Sil-

vana Koch-Mehrin (2007: 10). Gesellschaftliche Strukturen und Herrschaftsmechanismen bleiben dabei unbegriffen. Feminismus ist nicht mehr sozialer Kampf und politische Befreiungsbewegung, sondern wird zu einer individuellen Einstellung. Wichtig ist den Autorinnen auch zu vermitteln, dass sie die Dinge entspannter zu sehen vermögen als ‚verbitterte Feministinnen‘. Daran schließt eine Abgrenzung vom oftmals zitierten ‚Opferfeminismus‘ an – eine Auseinandersetzung, in der die Autorinnen nicht nur keinerlei analytischen Tiefgang beweisen, son-

dern auch der feministischen Auseinandersetzung um drei Jahrzehnte hinterherhinken (vgl. z.B. Haug 1980 und Thürmer-Rohr 1983). Das verdeutlicht einerseits die individualistische Ausrichtung, die gesellschaftstheoretische Fragen nicht kennt und andererseits eine Ignoranz gegenüber frauenpolitischer und feministisch-theoretischer Entwicklung. Jenseits der Debatte, wie sinnvoll der Opferbegriff war oder ist (vgl. Thürmer-Rohr 1990), muss er historisch situiert und in seinem Wert – als Mittel, Gewalt gegen Frauen, ökonomische und kultureller Diskriminierung zum Thema zu machen – für die politische Bewegung analysiert werden. Eine Distanzierung von Opferbegriff, der inzwischen einer generellen Delegitimierung feministischer Politik dient, wirkt heute – Jahrzehnte nach der Mittäterschaftsdebatte – merkwürdig anachronistisch.

Zentrale Elemente des Elitefeminismus sind die Vereinbarkeitsfrage, Karrierechancen und die Abwehr einer konservativen Familienideologie. Forderungen oder vielmehr Appelle richten sich dabei aber kaum an den Staat, als Gestalter von Rahmenbedingungen, sondern an die Frauen selbst (z.B. Dorn 2007a: 37). Damit geht eine Abkehr vom Sozialstaat, mit seiner Orientierung auf soziale Inklusion und kollektive Interessen einher (Dölling 2008: 31-33). Der ‚neue Feminismus‘ bietet also nicht allen Frauen eine Perspektive, sondern in erster Li-

nie gut- bzw. hochqualifizierter Frauen (Dorn 2007a: 37). Bedingt werden dabei Versatzstücke feministischer Politik integriert: Was einst ‚mit Selbstbewusstsein und Stärke auftreten‘ in der Frauenbewegung hieß, kann dann ohne allzu große Brüche in eine neoliberale Eigenverantwortungslogik übersetzt werden. Aus diesem Fundus bedienen sich auch modernisiert-konservative Geschlechterpolitiken. Ein Wahlslogan wie dieser: „Ich bin so Frau, weil Chancengleichheit das ist, was ich selbst daraus mache“² beinhaltet vielerlei: ‚starke‘ Frauen übernehmen selbst die Verantwortung und richten keine Forderungen an Staat oder Gesellschaft. Der Begriff der Verantwortung wird hier ad absurdum geführt, weil sie auch dort zu tragen ist, wo die Einzelne kaum oder gar keinen Einfluss besitzt: auf Normen und Zuschreibungen, Einkommensdiskriminierung oder die Gewalttätigkeit nicht nur der Strukturen, sondern auch ganz konkreter Männer. Und schließlich ist die Sequenz „ich bin so Frau“ als Betonung traditioneller Weiblichkeit und als Gegensatz zu Feministinnen zu interpretieren. Der kulturelle Inhalt von Weiblichkeit wird nicht als Herrschaftsmechanismus in einer geschlechtshierarchischen Kultur analysiert (vgl. Klaus 2008).

² Verwendet von der ehemaligen Landesrätin Elisabeth Zanon (ÖVP) für Frauenangelegenheiten im Tiroler Landtagswahlkampf 2008.

1.3 Opfermänner und „extremistische Megären“

Es gibt aber nicht nur ein Bedürfnis nach Distanzierung vom ‚alten‘ Feminismus, sondern auch nach Abwertung. So meint Thea Dorn, dass der Feminismus „vom Ruf der Männer hassenden, mehr oder weniger lesbischen, in jedem Fall ‚extremistischen‘ Megären zu befreien“ (Dorn 2007b) sei. Bleibt zu fragen: Was ist die Motivation, sich von lesbischen Frauen zu distanzieren? Muss frau die herrschende heterosexistische Normen bedienen, damit die eigene ‚Weiblichkeit‘ nicht angezweifelt wird? Selbst das alte Klischee vom Männerhass wird reproduziert. Und: Was ist ‚extremistisch‘? Wird hier Radikalität und Extremismus gleichgesetzt? Reagiert wird hier offenbar auf das von Antifeminist/innen oft vorgebrachte Argument, dass der Feminismus eine „aggressiv-feindselige und herabsetzende Haltung gegenüber Männern aufgrund ihres Geschlechts“ (Hollstein 2011: 41) transportiere. Zur Untermauerung dieses Arguments werden v.a. Valerie Solanas’ *Manifest der Gesellschaft*

zur Vernichtung der Männer von 1971, oder Andrea Dworkin mit ihrem Buch *Pornographie – Männer beherrschen Frauen* von 1981 zitiert. Welche Bedeutung diese Werke haben oder einmal hatten, wird nicht gefragt – sie stehen für den Feminismus.

Greifen kann die Setzung von Männern als Opfer eines ‚überzogenen‘ Feminismus vor dem Hintergrund dessen, was Angelika Wetterer (2003) als widersprüchliche Entwicklungen von Modernisierung und Persistenz der Geschlechterverhältnisse bzw. als „rhetorische Modernisierung“ beschreibt: Kultur- und Strukturzusammenhang haben sich gegeneinander verschoben – wir haben es also mit einer Rhetorik der Gleichheit zu tun, während die Struktur des Geschlechterverhältnisses und die soziale Praxis der Menschen nahezu unverändert bleiben. Kehrseite dessen ist eine Ent-Thematisierung und gleichzeitig eine Reproduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern

und der Hierarchie der Geschlechterordnung (ebd.: 290). In einer Verbindung von Individualisierungs-, Selbstverwirklichungs- und geschlechterpolitischen Gleichheitsdiskurs kann Ungleichheit heute kaum noch als Ergebnis der Geschlechterordnung thematisiert werden, sondern wird als Folge einer individuell und bewusst getroffenen, freien Wahl verstanden

(ebd.: 297-298). Nun ist dieser Verdeckungszusammenhang nicht neu, er steht aber in neuem Kontext – dem, der neoliberalen „Abwicklung des Feminismus“ (McRobbie 2010). Der Feminismus wurde von seinen (sozial-) kritischen Bestandteilen ‚befreit‘ und konnte so – als ‚neuer‘ oder ‚Elitefeminismus‘ – in neoliberale Politikkonzepte integriert werden.

2 Rhetorische Modernisierung – Verschleierung der Ungleichheit

2.1 Arbeitsmarkt und Frauenbeschäftigung

Eine Ent-Thematisierung und Reproduktion der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern zeigt sich in den geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008. Bestehende Ungleichheiten wurden in der öffentlichen Debatte weitgehend ausgeklammert und z.T. von antifeministischen Diskursen überlagert. Das manifestiert sich nicht zuletzt darin, dass frauenpolitische Themen in der öffentlichen Diskussion kaum vorkommen oder immer öfter als unwahr und fragwürdig bezeichnet werden. Eindringliches Beispiel dafür war die Cover-Geschichte der Zeitschrift *profil*, in der unter dem Titel „Die Wahrheit über die Ungleichheit“ Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen als ‚Mythos‘ entlarvt werden sollte (Bauer/Treichler 2012) – auch wenn Frauen laut Einkommensbericht des Rechnungshofes im Schnitt nur 60% der durchschnittlichen Männereinkommen erreichen. Schon beim Bruttostundenlohn liegt der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern bei fast 25% (Rechnungshof 2012).

Die Krise von 2008 wurde medial oftmals als für Männer dramatischer beschrieben, denn zunächst waren die exportorientierten Industriebranchen, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, stärker betroffen. Durch Kurzarbeit, die zu über 80% von Männern in Anspruch genommen wurde, wurde der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den Männern etwas abgebremst. Die weibliche Kurzarbeit heißt Teilzeit. Bei der Frauen-Teilzeitquote lag Österreich mit 41,2% im Jahr 2007 – also bereits vor der Krise – deutlich über dem EU-27 Schnitt

von 31,2%. Durch die Krise verschärfte sich diese Tendenz noch weiter und führte dazu, dass 2009 die Teilzeitquote der Frauen auf 43,5% und 2012 auf 44,9% anstieg. (Statistik Austria 2013). Die meisten Teilzeitbeschäftigten arbeiten im Dienstleistungssektor, während im männlich dominierten Industrie- und Gewerbebereich über 90% der Beschäftigten Vollzeit arbeiten. Insgesamt sind rund 90% der Teilzeitbeschäftigten in Österreich Frauen. Stark gestiegen ist auch die Zahl der geringfügigen Beschäftigungen, die zu 70% von Frauen ausgeübt werden. Der steigende Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung (von 1994 bis 2012 um 24 Prozentpunkte) ist so erster Linie auf den Anstieg von Teilzeitarbeit zurückzuführen ist, denn das Erwerbsvolumen von Frauen hat sich nicht erhöht (Wiedenhofer-Galik 2008: 1146-1153).

Als Gründe für Teilzeitbeschäftigung waren bei 38% (320.600) der Frauen, aber nur 3,1% (6.100) der Männer Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen ausschlaggebend. Bei den Männern (24,4% bzw. 48.600) standen dagegen die schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildung im Vordergrund (Frauen 7,6% bzw. 64.500) (ebd.: 1160). Viele Teilzeitbeschäftigte möchten aber mehr arbeiten. Laut einer SORA-Umfrage aus dem Jahr 2006 sieht ein Drittel (34%) aller Teilzeitbeschäftigten ihr Beschäftigungsverhältnis als Not- oder Übergangslösung. 28% wünschen sich sofort ein höheres Stundenausmaß, nur 22% der Befragten möchten prinzipiell in Teilzeit bleiben und auch keine Stundenerhöhung. Vor allem jene mit einem geringen Einkommen möchten aber mehr arbeiten (SORA 2007).

2.2 Ungleichheit und vermeintliche Sehnsucht

Es dürfte daher kein Zufall sein, dass sich frauenpolitische Debatten in den letzten Jahren vorrangig um Fragen der Vereinbarkeit und die

Einkommensschere drehten. Eva Kreisky und Marion Löffler stellen fest, dass Frauenpolitik zunehmend (wieder) mit Familienpolitik gleich-

gesetzt wird: „Frauenpolitik braucht [aber] ein klares Profil, um sich wieder aus der einschränkenden Gleichsetzung mit Familienpolitik zu befreien. [...] Fragen der Repräsentation oder selbstbestimmter Lebensführung sind [...] aus der politischen Wahrnehmung weitgehend verschwunden“ (Kreisky/Löffler 2010, 416).

Wenig überrascht daher die Interpretation der vom damaligen Familienminister Reinhold Mitterlehner präsentierten Umfrage „Jugendmonitor 2011“, die dem Thema Familie gewidmet war. Die Aussage von 55% der befragten Mädchen, Hausfrau sein zu wollen, wenn der/die Partner/in so viel verdient, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, wurde unhinterfragt übernommen. Dass 79% der Buben und 87% der Mädchen bejahten, dass „die Männer genauso für die Kindererziehung verantwortlich sind, wie die Frauen“ und immerhin 75% der Frauen und 53% der Buben es gut finden, „wenn beide Elternteile abwechselnd einen Teil der Zeit in Karenz gehen und zu Hause bleiben“ (Freudenschuss 2011), wurde in der medialen Diskussion ignoriert.

Was in der politischen Debatte unter dem Stichwort ‚Wahlfreiheit‘ subsumiert wird, spiegelt die Realität der erwerbstätigen Frauen also in keiner Weise wider. Der Begriff wird vielmehr so eingesetzt, dass bestehende Ungleichheit bewusst verschleiert wird. Das verstärkte mediale Inte-

resse am Beruf „Hausfrau“ ist Ausdruck davon. Sie „sind jung, gut ausgebildet und pfeifen so lange auf den Job, solange sie daheim bei ihren Kindern bleiben wollen“, untertitelt Die Presse (November 2012) einen Artikel zum Thema. In eine ähnliche Kerbe schlagen profil („Traumberuf Hausfrau. Jede zweite junge Österreicherin denkt an den Rückzug zu Kindern und Küche“, November 2011) und Die Zeit („Darf man Hausfrau sein?“, Oktober 2012). Eine Diskussion darüber, woher diese (vermeintliche) Sehnsucht stammen könnte, entstand nicht.

Ungleichheiten am Arbeitsmarkt basieren auf einer Politik, die zulässt, dass Väter die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis heute kaum berührt bzw. berühren muss. Während sich der Erwerbsverlauf und die zeitliche Belastung von Müttern mit der Geburt eines Kindes dramatisch ändern, bleiben jene der Väter davon weitgehend unbeeindruckt. Die Arbeitsteilung vollzieht sich nicht partnerschaftlich zwischen Männern und Frauen, sondern vielmehr zwischen Frauen. Ökonomisch schlechter gestellte Frauen aus benachteiligten Regionen wandern als Putzfrauen, Pflegerinnen oder Kindermädchen in die reichen Haushalte der Industrieländer (Völkerer/Pirklbauer 2010). Die Folgen kennen wir: Eklatante Einkommensunterschiede, Berufsunterbrechungen und Armut, die dann in Altersarmut resultiert.

3 Gegen-Öffentlichkeiten und Strategien der Verschränkung

Antifeministischen Positionen gewinnen an Einfluss und der Feminismus „als politische Bewegung scheint im öffentlichen Diskursfeld wieder marginalisiert“ (Kreisky 2013: 275). Dennoch gibt es Anknüpfungspunkte für gemeinsames feministisches Handeln und für frauenpolitische Bündnisse. Es zählt zu den Errungenschaften der Frauenbewegung, dass ihre Forderungen bei den meisten Frauen heute unstrittig sind und große Zustimmung finden. Das Recht auf gleiche und gleichwertige Bezahlung, gleichberechtigte Mitbestimmung, gewaltfreies Leben stehen für die Mehrheit der Frauen ganz oben im Ranking politischer Themen (Frauenbarometer 2012). Es sind auch jene Themen, die Frauen über Milieus hinaus verbinden, weil sie ähnliche Erfahrungen teilen: Demütigung, Diskriminierung und Gewalt als Alltagserfahrung kennen viele Frauen. Öffentliche Kampagnen oder politische Protestaktionen, die das zum Thema machen, lösen fast immer heftige Dis-

kussionen und Gegenreaktionen aus.

Ein Beispiel dafür aus jüngster Zeit ist #aufschrei, eine Protestdebatte gegen Alltagssexismus. Im Jänner 2013 veröffentlichte das deutsche Wochenmagazin Stern einen Beitrag der Journalistin Laura Himmelreich über Rainer Brüderle, den Spitzenkandidaten der FDP für die Bundestagswahl 2013, dem sie darin sexistische Äußerungen und Verhalten ihr gegenüber vorwarf. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter nahmen unmittelbar sehr viele Frauen (und Männer) das Thema auf und berichteten ihrerseits von frauenabwertenden Erlebnissen. Unter dem Hashtag #aufschrei wurde innerhalb weniger Tage eine großflächige gesellschaftliche Diskussion über Sexismus ausgelöst, die sich auch schnell in Österreich ausbreitete. Die Kampagne wurde mit dem Grimme Online Award 2013 ausgezeichnet: Nie zuvor hätte ein Hashtag eine derartige Wirkung erzeugt, begründete die Jury ihre Entscheidung. Inner-

halb von nur einer Woche rauschten 49.000 Tweets und mindestens 30.000 Retweets durch den Twitterkanal (Wikipedia). Die #aufschrei-Aktion hatte ihren Ursprung und ihre Stärke in der digitalen Vernetzung, das ist für die

3.1 Digitale Bündnisse

Feministinnen im Netz haben über „digitale Bündnisse selbst Bühnen geschaffen“, analysiert Teresa Bückler (2013) in ihrem Blogbeitrag die #aufschrei-Debatte. Die digitalen Kommunikationstechnologien ermöglichen mehr Menschen, sich an politischen Aushandlungsprozessen zu beteiligen. #aufschrei ist ein Beispiel, wie feministische Bewegungen sichtbarer, größer und lautstärker werden können. Und es ist beispielhaft dafür, wie öffentliche Diskussionen digital und analog parallel funktionieren bzw. sich wechselseitig intensivieren. „Feministische Netzwerke im Internet speisen sich also von zwei Seiten: Menschen, die über Social Media mit Feministinnen in Berührung kommen, und Feministinnen, die online nach Verbündeten suchen“, so Bückler (ebd.) über das Potential des Netzfeminismus für die Frauenbewegung. Der Netzfeminismus hat neue Orte und Kommunikationsmöglichkeiten, politische Aktionsformen wachsen lassen, die über die Schwelle der knappen Wahrnehmung hinausgewachsen sind. Das beweisen die vielfältigen Vernetzungsinitiativen, feministischen Blogs, Online-Magazine, Youtube-Plattformen, Frauenbarcamps oder andere neue Formen des feministischen Online-Aktivismus. Der Netzfeminismus hat sozusagen festen Grund in der virtuellen Welt erlangt.

Auch wenn das Netz bei weitem noch nicht für

Art und Weise, der öffentlichen Debatte nicht unwesentlich. Die Definitionsmacht, also wer bestimmt, was Gegenstand der Politik und der öffentlichen Diskurse ist und was nicht, hat sich verschoben.

alle zum täglichen Kommunikationsmittel geworden und der Zugang nicht barrierefrei ist, das Internet ist die neue digitale Agora – in der auch der Feminismus ‚Platz genommen‘ hat. Die ungleiche Verteilung von Ressourcen und digitalen Rahmenbedingungen bestimmen natürlich auch darüber, wer wie viel Platz einnimmt, wem der Zugang verwehrt bleibt, worüber gesprochen wird – und worüber nicht.

Genau deswegen können große Schlüsse über neue Frauenbewegungen in und mit dem Netz nicht gezogen werden, weil sich eben nicht alle frauenpolitische Aktivistinnen beteiligen oder alle entsprechend repräsentiert sind. Ulla Wischermann spricht in einer Analyse zu #aufschrei davon, dass eine feministische Intervention „politische Gelegenheitsstrukturen“ genützt und aktiv mitgestaltet hat. Sie formuliert aber auch Kritik am „Medienfeminismus“, der „weitgehend ohne Bezug zur Frauen- und Geschlechterforschung“ auskomme und die Abgrenzung zum so genannten „alten Feminismus“ suche (Böcker 2013). Das überrascht nicht, denn das Internet widerspiegelt auch die analogen Wendungen in der Feminismus-Debatte. Die Bedingungen für feministische Politik sind schwieriger geworden. Darum ist die Einbettung in Diskurse über Geschlechterverhältnisse im Netz ebenso mehr oder weniger deutlich, widersprüchlich oder verzerrt, wie außerhalb.

3.2 Zusammenspiel und Zusammen-Handeln

Vor diesem Hintergrund ist das Zusammenspiel und Zusammen-Handeln der Aktivistinnen, die Einbettung der Strategien und Forderungen in die herrschaftskritische Analyse der patriarchalen Geschlechter- und Machtverhältnisse so bedeutsam. Sie sind und waren das Rückgrat der Frauenbewegung, die damit Gesellschaft verändert, im übertragenen Sinn Türen aufgestoßen, Fenster geöffnet und Mauern durchbrochen hat. Die Stärke der Frauenbewegung in Österreich lag ganz zentral in diesem Bindeglied zwischen staatlicher Frauenpolitik und autonomen Frauennetzwerken und in einer aktiven und aktivierenden öffentlichen Debatte. Johanna Dohnal, die ehemalige SPÖ-Frauenministerin und Doyenne der österreichischen Frauenpolitik,

setzte darum auf breite frauenpolitische Bündnisse, etwa bei der Durchsetzung der Fristenregelung 1975 oder beim ersten Gleichbehandlungspaket 1992.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Österreich wurde zum großen Erfolg der österreichischen Frauenbewegung. Der Gesetzesbeschluss gelang, weil Sozialdemokratinnen gemeinsam mit Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung massenhaft zu Demonstrationen und öffentlichen Protestveranstaltungen mobilisierten. Die SPÖ-Frauenorganisation organisierte mit dem Druck von der Straße den notwendigen Meinungsumschwung innerhalb der männlichen Parteiführung (Mesner 1993: 448ff).

Neben dieser breiten und öffentlichen Bündnisarbeit, war auch die Einbettung frauenpolitischer Themen in größere strukturelle Zusammenhänge wesentlich, wofür der Beschluss des Gleichbehandlungspaketes 1992 exemplarisch steht. Damals wurde unter diesem Namen ein umfassender arbeits- und sozialrechtlicher Maßnahmenkatalog im Parlament verabschiedet (Mairhuber 1999: 35-47). Die strukturelle Diskriminierung (wie der Zusammenhang von Mutterschaft, Teilzeitarbeit und Altersarmut) wurde erstmals ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt und zum Thema gemacht. Hintergrund war ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes zur Aufhebung des unterschiedlichen Pensionsantrittsalters. Der Protest der Frauen war groß, vor allem, weil das Urteil die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern außer Acht ließ. Johanna Dohnal und die damalige ÖGB-Vizepräsidentin Irmgard Schmidleithner schnürten deswegen gemeinsam mit den Frauen aller parlamentarischen Parteien (außer jener der FPÖ) ein weitreichendes Forderungspaket. Die zentrale Botschaft war: Erst wenn Frauen wirklich gleiche Lebensbedingungen vorfinden und entsprechende Reformen umgesetzt sind, kann es ein gleiches Pensionsalter geben. Am Ende mussten Abstriche gemacht werden, aber der Beschluss des Gleichbehandlungspaketes war ein Erfolg und verdeutlichte die Notwendigkeit der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen einer breiten Öffentlichkeit. Das gelang, weil sich Frauen über die Parteigrenzen hinweg für eine ungewöhnliche, aber sehr wirksame Bündnisarbeit entschieden. Ein Urteil gegen Frauen wurde so zu einem Reformschritt für Frauen gewendet. Diese Bündnisstrategie kann auch heute Schablone für gemeinsames feministisches Engagement sein. Eine Themenliste feministischer Bündnisprojekte wäre schnell erstellt:

- Das Gleichbehandlungspaket ist umgesetzt.
Verbindliche Normen für Entgeltgleichheit,

ein Gesetz, das verpflichtend die Durchsetzung von Betriebsvereinbarungen und Kollektivverträgen auf Diskriminierung vorsieht, gibt es nicht.

- Der Schwangerschaftsabbruch ist möglich, aber nicht in jedem Bundesland, die ursprünglich geforderte Kostenfreiheit gibt es nicht.
- Das Gewaltschutzgesetz wurde erkämpft – aber von einer ausreichenden Versorgung mit Frauenhäusern ist Österreich weit entfernt.
- Die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Pensionen sind enorm und durch die Reformen von 2003 droht eine Verschärfung der weiblichen Altersarmut.

Im Zusammenspiel zwischen Netzfeminismus und ‚analoger‘ Frauenbewegung kann eine Bewegung gegen die Marginalisierung der Geschlechterfrage wachsen. Im Web 2.0 können feministische Diskurse, Aktionen, Netzwerke und Forschungen verknüpft und verstärkt werden. Herrschaftskritisches Wissen online teilen und tausendfach verbreiten, im Austausch neue Erkenntnisse entwickeln und vervielfachen ist gleichsam eine digitale Sauerstoffzufuhr für die Belebung frauenpolitischer Gegen-Öffentlichkeit. Denn die „Hegemonie des patriarchalen Denkens [...] ist nicht begründet in dessen Überlegenheit nach Inhalt, Form oder Wirkung gegenüber allem andren Denken; diese Hegemonie beruht darauf, dass alle anderen Stimmen zum Schweigen gebracht worden sind – das Abweichende (Frauen, ethnische Minderheiten, Andersgläubige) musste entmutigt, lächerlich gemacht und zum Schweigen gebracht werden“ (Lerner 1993: 333).

So gesehen kann ein Bündnis aus Netzfeminismus, ‚altbewährter‘ Frauenbewegung und offizieller Frauenpolitik weit hörbar die Stimme erheben, ermutigen, Themen setzen und neue Debatten entfachen.

Quellenverzeichnis:

- Bauer-Jelinek, Christine (2012). Der Falsche Feind. Schuld sind nicht die Männer, Salzburg.
- BMSG (2003). Geschlechtertheorie, Wien.
- BMSGK (2006). 1. Österreichischer Männerbericht, Wien.
- Bönt, Ralf (2012). Das entehrte Geschlecht. Ein notwendiges Manifest für den Mann. München.
- Bücker, Teresa (2013). Aufbruch ins Netz, Blogbeitrag über #aufschrei. <http://flannelapparel.blogspot.de/2013/07/aufbruch-ins-netz.html> (01.10.2013).
- Dölling, Irene (2008). „Eva-Prinzip“? „Neuer Feminismus“? Aktuelle Verschiebungen in Geschlechterbildern im Kontext gesellschaftlicher Umbruchsprozesse. In: Marburger Gender-Kolleg (Hg.): Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Interventionen, Münster, 24 – 41.
- Dorn, Thea (2007a). Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird, München.
- Dorn, Thea (2007b). Die bewegte Frau. Feminismus. Emanzipation ist keine Frage des Geschlechts. Sie ist eine Frage der Einstellung. In: Das Parlament, Ausgabe 7, 12.02.2007, <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/07/titelseite/13839108.html> (27.02.2009).
- Frauenbarometer (2012). Vierteljährliche Befragung des Bundesministeriums für Frauen und Öffentlicher Dienst, verfügbar unter: http://www.esf.at/esf/wpcontent/uploads/frauenbarometer_022012.pdf, (01.10.2013).
- Freudenschuss, Ina (2011). „Junge Generation nach dem Geschmack der ÖVP. <http://diestandard.at/1304552624203/Jugendmonitor-Studie-Junge-Generation-nach-dem-Geschmack-der-OeVP>, (10.10.2013).
- Geden, Oliver (2006). Diskursstrategien im Rechtspopulismus. Wiesbaden.
- Haug, Frigga (1980). Opfer oder Täter? – Über das Verhalten von Frauen. In: Das Argument 123, 643 – 649.
- Hollstein, Walter (2011). Der entwertete Mann. In: Matthias Franz / André Karger (Hg.), Neue Männer – muss das sein? Risiken und Perspektiven heutiger Männerrollen. Göttingen, 35 – 54.
- Klaus, Elisabeth (2008). Antifeminismus und Elitenfeminismus. Eine Intervention. In: Feministische Studien, Jg. 26, H 2, 176 – 186.
- Koch-Mehrin, Silvana (2007). Schwestern. Streitschrift für einen neuen Feminismus, Berlin.
- Kreisky, Eva (2013). Vom goldenen Zeitalter der Frauenpolitik. In: Maria Mesner / Heidi Niederkofler (Hg.): Johanna Dohnal. Eine politisches Lesebuch, Wien, 268 – 279.
- Kreisky, Eva/ Marion Löffler (2010). „Frauenpolitische Perspektiven für Österreich: Demokratiezugewinn oder Entdemokratisierung?“ In: Bundeskanzleramt (Hg.): Frauenbericht 2010, Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008, Wien.
- Lerner, Gerda (1993). Entstehung des feministischen Bewusstseins. Frankfurt a.M.
- Mairhuber, Ingrid (1999). Geschlechterpolitik im Sozialstaat Österreich seit Anfang der 80er Jahre. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1/1999, 35 – 47. http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/mairhuber_geschlechterpolitik.pdf, (07.10.2013).
- Malleier, Elisabeth (2003). Der „Bund für Männerrechte“. Die Bewegung der „Männerrechtler“ im Wien der Zwischenkriegszeit. Wiener Geschichtsblätter, Heft 3, 208 – 233.
- Mayrhofer, Monika (2006). „Was Männer bewegt“ – Neokonservative Männlichkeitspolitik in Österreich im Kontext der Einrichtung der Männerpolitischen Grundsatzausschuss. Feministische Studien 2, 278 – 289.
- McRobbie, Angela (2010). Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes, Wiesbaden.
- Mesner, Maria (1993). Vom §144 zum §97. Eine Reform mit Hindernissen. In: Susanne Feigl (Hg.): Beharrlichkeit, Anpassung und Widerstand, Die Sozialdemokratische Frauenorganisation und ausgewählte Bereiche sozialdemokratischer Frauenpolitik 1945-1990. Wien, 377 – 513.
- Österreichischer Rechnungshof (2012). Einkommensbericht.
- SORA (2007). Arbeitszeitwünsche von Teilzeitbeschäftigten. Presseunterlagen, http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2007_presseunterlage_arbeitszeitwunsche-teilzeitbeschaeftigte.pdf, (09.01.2014).
- Statistik Austria (2013). Erwerbstätige und unselbstständig Erwerbstätige nach Vollzeit/Teilzeit und Geschlecht seit 1994, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/teilzeitarbeit/teilzeitquote/index.html, (16.12.2013).
- Thürmer-Rohr, Christina (1983). Aus der Täuschung in die Enttäuschung. Zur Mittäterschaft von Frauen. In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, 1983/H 8, 11 – 25.
- Thürmer-Rohr, Christina (1990). Frauen in Gewaltverhältnissen. Zur Generalisierung des Opferbegriffs. In: Studienschwerpunkt „Frauenforschung“ am Institut für Sozialpädagogik der TU Berlin (Hg.): Mittäterschaft und Entdeckungslust, Berlin, 22 – 36.
- Völkerer, Petra/Sybille Pirklbauer (2010). Auf dem Weg zur Dienstbotinnengesellschaft? Migrantinnen in der haushaltsnahen Dienstleistung. In: Alexandra Weiss/ Verena Simetzberger (Hg.): Frauen im 21. Jahrhundert. Situationen – Herausforderungen – Perspektiven, Innsbruck, 129 – 144.
- Weiss, Alexandra (2013). „Geschlechterkampf“ – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid. In: Birgit Riegraf / Heike Kahlert / Brigitte Liebig / Martina Peitz / Hanna Hacker / Rosa Reitsamer (Hg.). Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten, Münster.
- Wetterer, Angelika (2003). Rhetorische Modernisierung: Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Gudrun-Axeli Knapp / Angelika Wetterer (Hg.), Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, 286 – 319.
- Wiedenhofer-Galik, Beatrix (2008). Entwicklung der Teilzeiterwerbstätigkeit. In Statistische Nachrichten 12/2008, 1142 – 1162.
- Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Aufschrei>, (02.10.2013).
- Wrussnig, Kerstin (2009). „Wollen Sie ein Mann sein oder ein Weiberknecht?“ Zur Männerrechtsbewegung im Wien der Zwischenkriegszeit (Dipl. Wien).